



Philologen-Verband:

**Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit – Forderungen an
eine grün-rote Schulpolitik**

Grundsätzliches:

Das Schuljahr 2010/2011 fängt nicht gut an. Die **Schulen starten in Richtung „Ungewissheit“**.

Nach den Landtagswahlen wird die Auseinandersetzung um schulpolitische Entscheidungen in die Kommunen und in die einzelnen Schulen hineingetragen.

Der nordrhein-westfälische Philologen-Verband kritisiert massiv diesen Politik-Ansatz. Er führt dazu, dass jede **Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit** von Schulreformen **aufgekündigt** wird. **Diskontinuität** wird zum Kennzeichen nordrhein-westfälischer Schulpolitik.

Konkret:

1. Der Rückbau der bisherigen Schulreformen ist unzumutbar!

Zur Zeit erhalten die **Schulen** die Signale, dass ihre Arbeit, Schwerpunkte, ihr Engagement zum **Spielball schulpolitischer Profilierung** werden. Statt Konsolidierung setzt die grün-rote Schulpolitik konsequent auf Rückbau bisheriger Reformen. Die Unsicherheit in den Schulen wächst. Schulpolitik mutiert – so das Empfinden vieler Kolleginnen und Kollegen – zur Beliebigkeit.

Bereits die ersten Anträge zur Änderung des Schulgesetzes (vgl. Landtagssitzung 15.07.2010) dokumentieren, dass die grün-rote Landespolitik eine Vielzahl von Schulreformen aufkündigen wird.

Die **Schulen erwarten** Perspektiven zur Lehrerversorgung und zum fachspezifischen Lehrermangel. Die Ausbildungsseminare sind längst über alle Kapazitätsgrenzen ausgelastet. Fach- und Seminarleiter vermögen kaum noch über den Berg an jahrelang aufgestauten Mehrarbeitsstunden zu blicken. Lehrerinnen und Lehrer erhoffen überfällige Entlastungen und eine Unterstützung durch Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und Schulassistenten, ohne dass dafür Lehrerstellen in Anspruch genommen werden – zu all dem schweigt der Koalitionsvertrag.

Statt die eigentlichen Anliegen der Schulen aufzugreifen, **plant „Rot-Grün“** u. a.:

- Die Verbindlichkeit der **Kopfnoten** wird abgeschafft.
- Die **Schulzeitverkürzung** wird unterlaufen.
- Die **Grundschulgutachten** werden außer Kraft gesetzt.
- Der **Prognoseunterricht** wird gestrichen.
- Das frühere **Einschulungsalter** wird aufgehoben.
- Die **Drittelparität** in der Schulkonferenz wird wieder eingeführt.
- Die **Grundschuleinzugsbezirke** leben neu auf und werden ergänzt durch die Möglichkeit von Einzugsbezirken für alle Schulformen.
- Die **Schulaufsicht** wird neu strukturiert.

- Die „**Eigenverantwortliche Schule**“ wird durch die „Selbstständige Schule“ ersetzt.
- Die erst vor einem Jahr in Kraft getretene Reform der **Lehrerbildung** wird „zügig und gezielt“ überarbeitet. Der Schulformbezug soll durch die Ausrichtung auf „Lernphasen“ ersetzt werden.

Die Wahlfreiheit der Gymnasien, zwischen G8 oder G9 in den nächsten Monaten entscheiden zu müssen, findet nicht die Unterstützung des Philologen-Verbandes.

Wir wünschen bessere Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Schulzeitverkürzung, aber wir lehnen ein **Organisationschaos** in der **Rückabwicklung der Schulzeitverkürzung** vehement ab. Erforderlich ist stattdessen die Berücksichtigung der ganztägigen Schulangebote in der Lehrerversorgung, nicht aber eine erneute Debatte um unterschiedliche Lehrpläne in Gymnasien.

Nicht nur wird die Mobilität beim Schulwechsel stark eingeschränkt, auch spalteten sich die Gymnasien in solche erster und zweiter Ordnung. Gemeinsam mit der Landeselternschaft der Gymnasien sowie den Schulleiter-Vereinigungen lehnt der Philologen-Verband diesen Rückbau der Schulzeitverkürzung ab.

Für die Schulen sind die genannten **Signale höchst problematisch**, denn sie machen deutlich, dass beispielsweise

- ihre Anstrengungen zur Profilierung überflüssig waren (vgl. Wiedereinführung von Schuleinzugsbereichen),

- ernsthaft Bemühungen zur Vergabe von Kopfnoten sinnlos waren („Kopfnoten beschämen Kinder“ [Koalitionsvertrag]),
- letztlich Anstrengungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler nicht mehr eingefordert werden dürfen („Jede Schule muss alle einmal aufgenommenen Schülerinnen und Schüler zu einem Abschluss führen. Ein Wechsel der Schulform ist nur noch auf Antrag der Eltern möglich.“ [Koalitionsvertrag]),
- künftig unter dem Stichwort „mehr Demokratisierung in der Schule“ die Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer für den Erziehungs-, Bildungs-, und Ausbildungsauftrag der Schulen relativiert wird (vgl. künftige Zweidrittelmehrheit von Eltern und Schülern in der Schulkonferenz).

2. Die Zersplitterung im Schulwesen ist unverantwortlich!

Eine Beruhigung der Lage ist nicht von der Landesregierung angestrebt. Im Gegenteil: Der komplette **Umbau des Schulwesens** schürt **Existenzängste** und trägt vielzählige **konflikthafte Auseinandersetzungen** in die Städte und Regionen des Landes. Der in repräsentativen Umfragen immer mehr kritisierte Bildungsföderalismus erfährt in Nordrhein-Westfalen in exzessiver Weise eine kaum noch zu überbietende Steigerung.

Mit der wiederholten Ankündigung, innerhalb der laufenden Legislaturperiode 30 Prozent aller Schulen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, reagiert die Politik nicht angemessen und nachvollziehbar auf die demografische Entwicklung, sondern versucht stabile, funktionsfähige, profilierte Schulen zu zerschlagen. Das nordrhein-westfälische Schulwesen wird sich in den nächsten Jahren zu einem **Flickenteppich** entwickeln.

Auf die rechtlichen Bedenken, den Kommunen künftig die Verantwortung für das Schulwesen zu übertragen, sei an dieser Stelle nur hingewiesen.

Noch sind die **Rahmenbedingungen für Gemeinschaftsschulen** nicht fixiert, da erteilt Ministerin Löhrmann der Profilschule Ascheberg bereits eine verbale Vorab-Genehmigung.

[Anmerkung: Die ‚**Profilschule Ascheberg**‘ sieht u. a. Klassengrößen von maximal 23 – 25 vor; die Abiturquote wird mit „60 plus“ ohne Beleg einfach behauptet und angegeben; eine Vielzahl von Sozialpädagogen ist an dieser Schule tätig (Doppelbesetzung in vielen Unterrichtsstunden); gegen KMK-Bestimmungen wird unter anderem die Variante einer 2-jährigen gymnasialen Oberstufe präsentiert; die Fächer Biologie, Chemie und Physik werden integriert in „Naturwissenschaften“ unterrichtet; Entsprechendes gilt für die Fächer Erdkunde, Geschichte und Politik im Lernbereich „Gesellschaftswissenschaften“; die Schülerinnen und Schüler haben durchgängig von der Klasse 5 bis zur Klasse 10 36 Unterrichtsstunden; die Schulentwicklungsplanung von Ascheberg ist vier (!) Jahre alt; ein Schulformwechsel ist übrigens nach der 8. Klasse sowie für den Besuch der gymnasialen Oberstufe darüber hinaus nach der 10. Klasse vorgesehen.]

3. Die Ungleichbehandlung gegenüber den Schulformen ist ungerecht!

Der **Philologen-Verband erwartet**, dass die Landesregierung keine Unterschiede in der **Unterstützung der Schülerinnen und Schüler aller bestehenden Schulformen** macht.

Wir haben absolut kein Verständnis dafür, dass die Verringerung der Klassengrößen in erster Linie den Gemeinschaftsschulen versprochen wird. Ausdrücklich gilt dies auch für das Ganztagsschulangebot, für Stellen für Gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern, für Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer sowie für die grundsätzliche Unterstützung dieser Schulform von Seiten der Landesregierung.

Eine **einseitige Bevorzugungspolitik** wird der Philologen-Verband nicht hinnehmen.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beinhaltet beispielsweise Art. 3, Abs. 3 GG ein Willkürverbot, dass **niemand benachteiligt**, aber auch **keiner bevorzugt werden darf**.

Düsseldorf, den 30.08.2010